

„Friedensstatue“ darf vor NS-Dok aufgestellt werden

Nach Auseinandersetzungen um die Platzierung der Skulptur hat jetzt die Bezirksvertretung entschieden

VON CLEMENS SCHMINKE

Die umstrittene „Friedensstatue“ des koreanischen Künstlerpaars Kim Eun-sung und Kim Seo-kyung soll im März mit Erlaubnis der Verwaltung vor dem NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln aufgestellt werden. Das hat die Bezirksvertretung Innenstadt einstimmig beschlossen; zugrunde lag ein gemeinsamer Dringlichkeitsantrag aller Fraktionen und Einzelmandatsträger. Wie der „Kölner Stadt-Anzeiger“ berichtete, war ein öffentlicher Streit um die Platzierung des Mahnmals vorausgegangen.

Die „Friedensstatue“ erinnert an das Schicksal der „Trostrfrauen“. Das waren Mädchen und Frauen, die während des Zweiten Weltkriegs zur Prostitution in japanischen Militärbordellen gezwungen wurden. Das bronzene Mahnmal zeigt ein Mädchen in koreanischer Tracht, das neben einem leeren Stuhl sitzt.



Die Friedensstatue in Dresden

Foto: Korea Verband

Die Planung sieht vor, am 8. März, dem Weltfrauentag, eine Replik dieser Skulptur vor dem NS-Dokumentationszentrum als Teil der dort vom 7. März bis zum 1. Juni gezeigten Wanderausstellung „Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg“ zu errichten. In der mit internationalen Partnern konzipierten Schau werden auch zahlreiche Kriegsverbrechen an Frauen thematisiert; dabei spielen die „Trostrfrauen“ eine zentrale Rolle.

Vorwürfe gegen OB Reker

Im Vorfeld kam Ärger um den Ort der Aufstellung auf. Nach Darstellung der Stadt schlug sie einen alternativen Standort auf einem öffentlich zugänglichen Privatgelände in unmittelbarer Nachbarschaft des NS-Dokumentationszentrums vor. Als Grund gab Alexander Vogel, Sprecher von Oberbürgermeisterin Henriette Reker, auf Anfrage an, die Aufstellung von Denkmälern und

Mahnmalen im öffentlichen Raum sei „kein laufendes Geschäft der Verwaltung“; deshalb bedürfe sie eines „politischen Gremienbeschlusses“.

Zu dem Zeitpunkt kursierte bereits ein Offener Brief, in dem die Kuratoren und ihre Unterstützer Reker vorwarfen, mit einem „Verbot“ hintertreibe sie die Aufstellung der „Friedensstatue“ am ursprünglich vorgesehenen Standort. Damit spiele sie „nationalistischen und rückwärtsgewandten Stellen in Japan in die Hände, die jede kritische Auseinandersetzung mit japanischen Kriegsverbrechen zu verhindern suchen“. Mit der Entscheidung der Bezirksvertretung dürfe sich der Streit erledigt haben, denn nun liegt ein „politischer Gremienbeschluss“ vor. Damit ist die Voraussetzung dafür geschaffen, die Genehmigung zur Aufstellung zu erteilen. Am 1. Juni soll die Statue abgebaut werden.